

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei
Tageblatt Riesa
Formel Nr. 90
Postfach Nr. 22

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530
Verleger
Riesa Nr. 22

Nr. 94.

Dienstag, 23. April 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Unterbruchs von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Räume des Anzeigebandes sind bis 8 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 2. Spalte 1 Mark, 3. Spalte 80 Pfennig, 4. Spalte 60 Pfennig; die 5. Spalte 40 Pfennig; die 6. Spalte 30 Pfennig; die 7. Spalte 20 Pfennig; die 8. Spalte 15 Pfennig; die 9. Spalte 10 Pfennig; die 10. Spalte 5 Pfennig. Zusätzliche Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung. Die Anzeigen sind in der Redaktion abzugeben. Die Redaktion ist an der Adresse: Riesa, Hauptstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Dem Provisorium entgegen?

qu. Wenn Dr. Schacht und Dr. Brügel nach Berlin kamen, so folgten sie lediglich dem Empfinden, daß die Verantwortung, die sie übernommen haben, zu groß sei. Sie wollten die Deckung der Regierung. Die Berliner Regierung aber hielt an ihrer Auffassung fest, daß es Sache der Sachverständigen sei, auch den Weg der Verständigung zu suchen. Sie betonte noch einmal — was sie bisher immer tat — die Sachverständigen seien selbständig, unabhängig von den Ansichten der Regierung, aber es ist unangebracht, daß die beiden Vertreter auf der Sachverständigen-Konferenz dennoch inoffiziell einige Punkte erhalten haben. Man kann jedenfalls die Ansicht der Berliner Regierung aus dem inwärtigen veröffentlichten amtlichen Communiqué erschließen. Es trifft Feststellungen, die die beiden Sachverständigen bereits getroffen haben müssen, denn es betont, von einem deutschen Ultimatum könne keine Rede sein. Außerdem wird gesagt, daß das deutsche Memorandum keine politischen, sondern nur wirtschaftliche Anregungen enthalte, daß die deutschen Vorschläge noch keine Prüfung gefunden haben, was eigentlich Bedingung und Forderung sei. Selbstverständlich haben die deutschen Sachverständigen im Rahmen ihrer Aufgabe nur die wirtschaftliche Seite gesehen. Sie wissen, daß der wirtschaftlichen Beratung der Reparationsfrage eine politische folgen soll. Sie konnten also der Regierung den Weg nicht verbauen. Und man weiß, daß die deutschen Vorschläge gar nicht erörtert, nicht untersucht, nicht durchgeprüft wurden. Es ist daher möglich, daß der Berliner Versuch der beiden Sachverständigen das Ergebnis hat, daß die Sachverständigen in Paris einen gewissen Nachdruck der Berliner Regierung fühlen, den sie bisher nicht verspüren konnten, und daß sie nunmehr überlegen, ob nicht doch ein Ausweg zur Verständigung möglich ist.

Nun begegnet man in Deutschland der Auffassung, die deutschen Sachverständigen würden sich nötigenfalls zu Konzessionen bereit finden. Soweit wir über die Ansicht der deutschen Vertreter unterrichtet sind — und nur sie, nicht die Ansicht der Regierung kommt in Frage — ist es ausgeschlossen, daß sie von dem deutschen Angebot wesentliche Abstriche machen, das heißt, sich in einigen Punkten den allierten Sachverständigen zu nähern versuchen. Dagegen ist die Frage unbedingt spruchreif, die auch von amerikanischen Seite vorgeschlagen wurde, ein Provisorium zu schaffen, das wirtschaftlicher Natur, einmal durch politische Annahmen abgedeckt werden soll. Wie das Provisorium aussehen wird, ist nicht bekannt, wenn darüber auch bereits Andeutungen gemacht worden sind. Es würde jedenfalls keine Annäherung an die deutschen Vorschläge, sondern mehr eine Annäherung an die Forderungen der Gläubigerstaaten sein und eine große Belastung Deutschlands bedeuten.

Immerhin wäre dieses Provisorium zunächst besser als die Fortsetzung der jetzigen Dames-Verpflichtungen, denn es würde nicht nur die geringeren Anfangszahlungen Deutschlands enthalten, sondern wahrscheinlich auch die Entpolsterung der Reparationsfrage zur Bedingung machen. Das schließt jedoch nicht aus, daß die endgültige Lösung von einer politischen Reparationskonferenz erfolgen müßte.

Der Wunsch, ein Provisorium an die Stelle einer ergebnislosen Konferenz zu setzen, ist nicht nur bei den Pariser Sachverständigen demeritbar, sondern auch bei den Regierungen, auch bei der Pariser und Berliner Regierung. Soweit wir aus maßgebenden Kreisen unterrichtet sind, glaubt man nämlich in politischen Kreisen, daß sich die notwendige politische Reparationskonferenz leichter erzwängeln läßt, wenn dieser Weg direkt gewiesen wird. Eine abgebrochene Konferenz aber müßte zunächst jede politische Konferenz verbauen und würde neue Besprechungen, die von vorn zu beginnen hätten, notwendig machen. Es drängt jedenfalls alles auf das Provisorium hin, und nur einem Unfall wäre es zuzuschreiben, wenn doch noch das Ei des Kolumbus gefunden und die Konferenz fortgesetzt werden sollte mit dem Endzweck, ein endgültiges Gutachten zu schaffen.

Die politische Reparationskonferenz hätte freilich ein anderes Gesicht als die jetzige Sachverständigen-Beratung. Denn die Politiker würden nicht nur die Frage der Reparationen behandeln, sondern der großen Frage der Liquidierung des Krieges näher treten müssen. Dazu gehört auch die Klärung der Rheinlande, dazu gehört eine Regelung der Kolonialfrage. Ein Teil der vielen Probleme, die sich in den Vorbergründen schieden müßten, könnte dem Völkerbund vorbehalten bleiben, aber die Politiker der beteiligten Staaten würden doch sehr schon die Richtlinien finden, die auch für die Völkerbundberatung maßgebend sein würden. Freilich würde diese politische Reparationskonferenz nicht nach den Berichten und Bilanzen gehen, sondern würde mehr einen Handel darstellen. Da unsere Regierung der politischen Reparationskonferenz mit Vertrauen entgegensteht und von ihr eine Lösung aller Schwierigkeiten erwartet, muß sie doch des Glaubens sein, daß sie dem Handel gewachsen ist.

Das deutsche Geldwunder in der Prospekt eingetroffen.

X Berlin. Die Dampfschiffe „Schleswig-Holstein“, „Schiffen“, „Graf“, die Torpedoboots „Wolf“, „Greif“, „Kondor“ und die 2. Torpedoboots-Salzkottillen sind gestern in der Prospekt eingetroffen.

Poincaré über die Reparationsverhandlungen.

Poincaré vernichtet die letzten Hoffnungen.

Im Notfall Damesplan mit erhöhten Zinsraten.

X Paris. Ministerpräsident Poincaré hat gestern nachmittag als Vorsitzender des Generalrates des Raad-Departements in Versailles die Tagung mit einer Rede eröffnet, in der er zunächst auf die Prüfungen hinwies, die das Raad-Departement während des Krieges durchgemacht habe, und betonte, daß die traurigen Erinnerungen sowohl die Friedensliebe als auch die künftige Sorge um die Sicherheit einengen müßten. Er kam dann auf die Umstände zu sprechen, unter denen er im Juli 1926 angeht die Gefahr des Bankrotts die Regierung übernommen und die französische Währung stabilisiert habe. Um so erhaunter sei er daher, daß gewisse Kreise unter dem Einfluß der Politik dies schon vergessen hätten. In vollem Vertrauen in die Zukunft des Landes sei er trotz der oftmals künftigen Stürme an der Regierung geblieben. Nach Erwähnung der sachlichen Vorbereitung des Budgets 1928 und der darin enthaltenen oder angebahnten Reformen auf dem Gebiet des Steuerwesens, der Aufbesserung der Beamtengehälter und der Ordnung der Wirtschaft, sowie der Unterstützung, die die Regierung bei dieser Vorbereitung im Parlament gefunden habe, erklärte der Ministerpräsident, er halte die Festigung der nationalen Einigung auch jetzt noch für notwendig. Poincaré wies hierbei auf die Konsolidierung der öffentlichen Schuld hin und erklärte, daß Frankreich als Schuldner kein Verfallungsrecht treuen gelassen sei und daß es insoweit berechtigt sei, in der Einleitung seiner Kriegsforderungen das Mittel zu suchen, um seine Schulden bei seinen Alliierten oder Affilierten abtragen zu können.

Als die Außenminister mehrerer großer Staaten, so fuhr der Ministerpräsident alsdann fort, „sich in Genf dahin geeinigt haben, eine Sachverständigen-Beratung zur Prüfung der endgültigen Regelung der Reparationen herbeizuführen, haben wir unerschrocken erklärt, daß der Damesplan, so wie er ausgearbeitet wurde, uns vollkommen unliebsam ist und daß wir, falls er durch eine neue Regelung ersetzt werden sollte — wenn wir diesem unsere Zustimmung geben sollten — die Bewilligung verlangen würden, außer Zahlungen in gleicher Höhe, wie die Annuitäten unserer Schulden, die auch ebenso lange andauern, wie unsere Schulden-Annuitäten, noch einen bestimmten Restbetrag als Entschädigung für unsere eigenen Schäden erhalten.“

Ich habe diese Erklärung nicht nur öffentlich in Chambery, in Genf abgegeben, sondern ich habe sie auch offiziell Deutschland und seinen Gläubigern vor der Zusammenkunft der Sachverständigen mitgeteilt, und die Forderungen der anderen Gläubigerstaaten haben keineswegs im Widerspruch mit unserer Forderung. So haben die Sachverständigen im Verlaufe ihrer langwierigen gewissenhaften Arbeit in voller Unabhängigkeit die Berechtigung unserer Forderung anerkannt, und es war daher die Hoffnung erlaubt, daß, da alle Gläubiger Deutschlands sich über ihre verschiedenen Forderungen geeinigt hätten, die Sachverständigenberatung rasch zu einer gerechten Lösung führen würde. Für den Augenblick haben die Vertreter Deutschlands leider diese Hoffnung illusorisch gemacht, und niemand weiß, ob es möglich sein wird, die Verhandlungen mit ersten Erfolgserwartungen fortzusetzen. Wenn es zu Mißerfolgen kommen sollte, dann würde dies nicht ein Mißerfolg für Frankreich sein.

Wir würden es im Interesse Europas und der Welt als ein Glück betrachten, wenn diese unauflösbaren Fragen der Schuld und der Reparationen endlich unter allgemeiner Zustimmung geregelt werden würden, und wir sind uns bewußt, daß wir große Jugendschmerzen gemacht haben, um dazu zu gelangen. Wenn aber unsere Bemühungen vergeblich bleiben, dann werden wir uns naturgemäß an die Durchführung des Damesplans halten, die uns übrigens dank der demnächstigen Anwendung des Wohlstands-Index eine beträchtliche Erhöhung der gegenwärtigen Annuitäten vorseht.

Diese Erklärung Poincarés läßt kaum noch einen Zweifel daran übrig, daß die weiteren Beratungen der Sachverständigen aussichtslos sind. Denn es verbleibt festgehalten zu werden, daß Herr Poincaré diese erkranklichen, längst als unrichtig bekannten französischen Behauptungen in einem Augenblick wiederholt, in dem man in der gesamten Welt eine Wiederbelebung der Verhandlungen erhofft, nachdem man deutschseits sich zu weiteren Beratungen bereit erklärt hat. Weiterhin daher diese neuen Verhandlungen, so wird man wissen, wenn die Schuld hier für beizumessen ist.

Verhandlungen Dr. Schachts in Paris.

X Paris. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hatte gestern nachmittag zunächst eine Unterredung mit Owen D'Young und dann mit dem ersten französischen Delegierten Morvan.

Die Agentur Havas berichtet, die Unterredung Dr. Schachts mit Owen D'Young dauerte von 5 Uhr bis 6.30 Uhr. An ihr nahmen nebenher auch der englische Delegierte Sir

Joseph Stans und der zweite französische Delegierte Lueders teil. Darauf fand die Unterredung zwischen Dr. Schacht und Morvan statt, der auch der zweite französische Delegierte Lueders beistand. Sie war um 7.30 Uhr beendet.

Rein günstiger Verlauf?

X Paris. In französischen Kreisen wird das Gerücht verbreitet, die Unterredungen, die Reichsbankpräsident Dr. Schacht gestern nachmittag mit Owen D'Young und dem französischen Delegierten Morvan gehabt hat, hätten einen günstigen Verlauf genommen. Deutschseits wird zu diesem Gerücht erklärt, daß man keine Mitteilungen an die Presse geben könne.

Die heutige Vollziehung der Reparationskonferenz.

Paris. (Funknach.) Über die heute vormittag 4 1/2 gestaltete Vollziehung der Reparationskonferenz, die etwa 1/2 Stunde dauerte, ist folgendes Communiqué ausgegeben worden:

Dem Komitee wurde der Bericht des Unterandichters der letzten Woche vorgelegt mit der Angabe, daß über die Differenz kein Einverständnis erzielt werden konnte. Der Bericht wurde zu den Akten der Konferenz genommen. Darauf entschied das Komitee in der Vollziehung einstimmig, daß ein Unterandichtersbericht erstellt werden soll mit dem Auftrag, die Hauptprinzipien, die in einem Bericht aufgenommen werden sollen, festzulegen. Die ersten Delegierten jeder Gruppe sollen den Unterandichtersbericht bilden. Man nimmt an, daß während der Beschäftigung mit den Fragen über die bereits eine Einigung erzielt wurde, von den einzelnen Gruppen gleichmäßig Anregungen gemacht werden mit dem Ziele, auch über die Punkte, über die keine Verständigung erzielt worden ist, zu einer Einigung zu kommen. Man erwartet, daß mit diesem Vorhaben nicht nur Zeit gespart wird, sondern daß man durch die Festlegung des Umfangs der erreichten Verständigung auch die Endaufgabe des Komitees fördert. Die nächste Vollziehung wird innerhalb angemessener Zeit an Beranlassung des Vorsitzenden anberaumt werden.

Ein Interview der Financial Times mit Geheimrat Raftl.

X London. Der Pariser Korrespondent der Financial Times gibt eine Erklärung über den deutschen Standpunkt wieder, die, wie er mitteilt, der zweite deutsche Delegierte Geheimrat Ludwig Raftl ihm gegeben hat. Darin heißt es u. a., es sei den Deutschen von Anfang an klar gewesen, daß die Delegierten der Gläubigerstaaten zu der Konferenz kamen, ohne eine klare Vorstellung zu haben, was sie schulden oder welchen Beitrag die Gesamtheit ihrer Forderungen ergeben würde. Die deutsche Delegation habe dagegen auf Grund sorgfältig vorbereiteter Dokumente schon eine Vorstellung davon gehabt, daß die gesamten Forderungen weit über die Dames-Zahlungen hinausgehen würden. Bei Bekanntgabe der einzelnen Forderungen habe sich eine so hohe Gesamtsumme ergeben, daß die Delegierten, die die einzelnen Forderungen vortrugen, selbst überrascht gewesen seien. Geheimrat Raftl fuhr fort:

Es wurde ein Unterandichtersbericht eingeleitet, um die einzelnen Forderungen herabzusetzen. Wir haben guten Grund zu glauben, daß sich dabei große Schwierigkeiten zwischen den verschiedenen Gläubigerdelegierten ergaben. Schließlich fanden wir einer Gesamtforderung von 2900 Millionen Mark jährlich gegenüber. Wir sind aber zur Konferenz als nüchtern und unabhängige Geschäftsleute gekommen, und wir sind nicht bereit, gewissermaßen einen Schwab zu unterzeichnen, den wir bei der Vorlegung nicht auszahlen könnten. Wir können unsere Zahlungsfähigkeit nicht durch Ausfuhr steigern infolge der hohen Zollschranken, die alle Nationen seit dem Kriege gegen die Einfuhr deutscher Waren errichtet haben. Nachdem wir auf die verschiedenen Annäherungen hingewiesen hatten, ersuchten wir die Gläubigerdelegierten, uns zu sagen, wie wir unsere Zahlungsfähigkeit steigern könnten.

Geheimrat Raftl erwähnte dann die in dem deutschen Memorandum enthaltenen beiden Pläne und ihre Voraussetzungen und schloß: Wir sind bereit und wünschen die Dinge mit unseren Sachverständigenkollegen weiter zu erörtern. Wir wünschen nicht, daß die Konferenz abgebrochen oder auf unbestimmte Zeit vertagt wird. Aber als unabhängige sachkundige Geschäftsleute, die frei von der Kontrolle der deutschen Regierung sind, haben wir die Überzeugung, daß es die deutsche Leistungsfähigkeit zu sehr belasten würde, über eine Annuität von 1650 Millionen Mark hinauszugehen, außer wenn die Vertreter der Gläubigerstaaten uns einen anderen Ausweg zeigen, was wir bisher nicht getan haben.